

**Rede anlässlich der Beschlussfassung über den Haushalt 2022
im Rat der Stadt Herten – 16. Februar 2022**

Martina Ruhardt, Fraktion DIE LINKE

(Es gilt das gesprochene Wort.)

Sehr geehrter Herr Bürgermeister, meine Damen und Herren,

letztes Jahr schlug der Personalrat in Herten mit einer Resolution Alarm „Gemeinden droht der Kollaps“! Die Politik wurde darin aufgefordert, Kommunen in NRW nachhaltig zu stärken.

Die diesjährige Haushaltsverabschiedung zeigt nunmehr, dass die düsteren Prognosen des Personalrats zur Realität werden: Das strukturelle Defizit kann nach dem Auslaufen des Stärkungspakts und den finanziellen Belastungen durch die Corona-Krise endgültig nicht mehr schöngerechnet werden. Selbst ein Altschuldenschnitt würde dieser Stadt nicht mehr helfen.

Der bekannte Soziologe Jürgen Habermas sagte einmal: Die Krise schärft das Bewusstsein für das, was fehlt.

Das lässt sich am Beispiel der Stadt Herten eindrucksvoll belegen. Schon vor Corona lief nicht viel zusammen: Es fehlten hunderte Kitaplätze. Der nun eingeleitete Aus- und Neubau von Kitas läuft aber leider nicht rund. Ständig kommt es zu langen Unterbrechungen auf den Baustellen, die gesamte aufgebaute Dominokette bricht immer wieder ab. Auch die Infrastruktur in den Schulen war schon lange vor Corona völlig veraltet. Die Klassenräume sind zu klein und es gibt zu wenig Differenzierungsräume, teilweise ließen sich nicht einmal die Fenster richtig öffnen, wie wir heute durch Corona wissen. Dazu kommt ein großer Platzmangel im bislang offenen Ganztage. Containerlösungen im Bildungsbereich sind in dieser Stadt nicht die Ausnahme, sondern die Regel. Fördergelder, die nun endlich zur Verfügung stehen, können aufgrund des massiven Stellenabbaus der letzten Jahre nicht beantragt werden. So standen Herten im Januar 2021 knapp 630.000 Euro Fördermittel zum beschleunigten Infrastrukturausbau der Ganztagsbetreuung zu.

Aber weder der Rat noch der zuständige Fachausschuss sind darüber informiert worden. Die Verwaltung hat eigenmächtig entschieden, die Mittel wegen der kurzfristigen Laufzeit – die mittlerweile allerdings verlängert wurde - nicht abzurufen. Ebenfalls nicht nachvollziehbar ist es, warum ausgerechnet unsere Stadt von den hohen Fördersummen zur Entwicklung der Sportstätten in NRW nicht so partizipieren konnte wie andere Städte.

Diese Beispiele zeigen, wie die Verwaltung hier „Politik“ macht und den Rat lieber außen vor lässt.

Ein weiteres Beispiel für die völlige Blockade-Haltung innerhalb der Verwaltung war das Thema Digitalisierung der Schulen. Auch hier wurde vorsichtshalber erst einmal nichts umgesetzt und abrufbare Fördergelder schlummerten vor sich hin. Die Furcht, dass laufende Wartungs- und Servicekosten den Haushalt sprengen, war zu hoch. Obwohl andere Städte mutig diese große technische Herausforderung annahmen, tat Herten hier wieder das, was in nahezu jedem Bereich feststellbar ist: Abwarten und aussitzen. Noch ein Beispiel gefällig? Während die AWO alle ihre Kitas mit Luftfilteranlagen ausstattet, sitzen Kinder in städtischen Kitas und Schulen dicht gedrängt in stickigen Gruppen- und Klassenräumen oder frieren.

Und dass gerade bei den Schwächsten der Gesellschaft, den Kindern mit einem hohen Förderbedarf, der Rotstift angesetzt wird, macht doch ein Stück weit fassungslos: Denn dass sich die Marler Glück-auf-Förderschule seit Jahren bemüht, mit der Stadt Herten einen Weg zu finden, um die Hertener Kinder mit dem Förderbedarf „geistige Entwicklung“ angemessen zu beschulen, erfahren die Ratsmitglieder hier aus der Zeitung. Erst, als die Marler Schule sich aufgrund der Hertener Untätigkeit zur Kündigung des Vertrages genötigt sieht, erfolgt eine Kurzmitteilung der Verwaltung. Immer wieder wird der Rat viel zu spät oder gar nicht in wichtige kommunale Entscheidungen eingebunden.

Transparentes Handeln und die Probleme beim Namen nennen – das würde man sich hier viel häufiger wünschen. Womit wir wieder bei der ins Nirvana gesendeten Resolution des Personalrats sind. Darin wird betont, dass es für die immer komplexer werdenden Aufgabenstellungen zu wenig Personal gibt.

Exemplarisch steht dafür die personelle Not in unserem Jugendamt! Da wird so lange nichts gemacht, bis selbst die Gemeindeprüfungsanstalt NRW, bekannt als knallharte Kürzungstroika, hier erscheint und verlangt, in diesem sensiblen Bereich endlich mehr Personal einzustellen, damit die gesetzlichen Aufgaben angemessen erfüllt werden können!

Gerade im Kinder- und Jugendbereich hat uns die Corona-Pandemie deutlich gezeigt, wie schlecht wir aufgestellt sind: In Zusammenarbeit mit dem Kinder- und Jugendgesundheitsdienst konnten im vergangenen Jahr keine Schuleingangsuntersuchungen, keine zahnärztlichen Untersuchungen und keine Begutachtungen zur Frühförderung in Kitas und Schulen durchgeführt werden. Verfahren zur Feststellung des Sprachstandes der Kinder im Vorschulalter sind verschoben worden. Zudem konnten die Mütter- und Väterberatungen, Kooperationen mit den Familienzentren sowie aufsuchende Hilfen und Mitwirkungen im System „Frühe Hilfen“ nicht durchgeführt werden.

Dabei wären in dieser Zeit vermehrt Kriseninterventionen, Hausbesuche oder spezielle Beratungen im Zusammenhang mit der Corona-Pandemie und damit verbundenen Ängsten und Unsicherheiten erforderlich gewesen. Wie will man das alles in den nächsten Jahren aufholen, wenn wir nun einen Haushalt vorgelegt bekommen, der als Konsolidierungsmaßnahme immer noch eine deutliche Verringerung der Personalaufwendungen vorsieht? Was von dieser Verwaltung als Segen für die Aufstellung einer genehmigungsfähigen Haushaltssatzung bezeichnet wird, hat große negative Auswirkungen sowohl auf die hier noch Beschäftigten in Form einer noch größeren Arbeitsbelastung als auch für die Menschen und Unternehmen in dieser Stadt, die immer länger auf die Bearbeitung wichtiger Unterlagen warten müssen. Es gibt mittlerweile keinen Bereich mehr innerhalb der Verwaltung, der nicht von Einstellungsstopps, Stellenbefristungen und Nachbesetzungssperren betroffen ist.

Corona hat uns doch allen vor Augen geführt, wie wichtig ein gut funktionierender Öffentlicher Dienst ist. Angesichts der großen Aufgaben im Bereich der Mobilitätswende, des Klimawandels, der digitalen Transformation und auch der immer weiter voranschreitenden Kinderarmut brauchen wir hier erheblich mehr Neueinstellungen.

Denn jedes weitere Jahr, in dem wir nichts in diesen Bereichen tun, erfordert von den nachfolgenden Generationen drastischere und damit kostenintensivere Maßnahmen, wobei die Handlungsspielräume immer weiter eingeschränkt werden.

Wer wirklich gesellschaftliche Verrohung und Vandalismus stoppen will, der muss der Verelendung entgegenwirken. Deshalb brauchen wir vor allem mehr soziale Sicherheit durch die Verbesserung der kommunalen Daseinsvorsorge. Je besser und verlässlicher der Sozialstaat ist, desto mehr wächst die Bereitschaft, sich für Gerechtigkeit und Nachhaltigkeit zu engagieren.

Aber wir sind gerade dabei, auch noch das zu verspielen, was uns lange ausgezeichnet hat: Den Zusammenhalt und die Hilfsbereitschaft verschiedenster ehrenamtlicher Akteure in der Stadtgesellschaft.

Viele sind einfach nur noch müde. Haben keine Lust mehr, sich in endlosen Disputen mit der Verwaltung aufzureiben. Und dieser Schaden ist vielleicht der größte, der durch die restriktive Grundausrichtung bei der Budgetverteilung verursacht wird.

Unsere Fraktion hat sich bei der Prüfung des vorliegenden Haushaltsentwurfs deshalb gefragt: Inwieweit stärkt er die Sozialstruktur unserer Stadt? Ist er zudem auf ein zukünftiges besseres Krisenmanagement ausgerichtet? Und ist er vor allem auch nachhaltig?

Dabei sind wir zu dem Ergebnis gekommen, dass kein einziger Aspekt ausreichend berücksichtigt wurde. Er ist nicht nach vorn gerichtet, sondern nur auf die Mangelverwaltung im hier und jetzt bezogen. Und deshalb ist er abzulehnen.